

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

erschint jeden Sonntag abends für den folgenden Tag und kostet einschließlich der Mittwoch- und Sonnabend-Beilagen 1. 50 S., bei Zustellung ins Haus 1. 70 S., bei allen Postanstalten 1. 80 S. einschließlich Postgebühren. Einzelne Nummern kosten 10 S. Nummer der Zeitungserlaubnis 6587.

Berufsstelle Nr. 22.

Beschreibungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsböten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr. Dreimonatlicher Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größtes und kompliziertes Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 S., die Reklamezeile 30 S. Geringerer Inseratenbetrag 40 S. Für Rückhaltung eingelangter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Die standhafte Lage für den europäischen Frieden.

Seit einem halben Jahre spielen die Serben in dreifacher Weise mit dem europäischen Frieden, sie schüren fortwährend die Geister zum Kriegsbrande und zum Kriege bis aufs Messer gegen Oesterreich-Ungarn, und dabei läßt die serbische Regierung dann und wann in offiziellen Notizen erklären, daß Serbien an keinen Krieg denke und keinerlei Maßregeln für die Mobilmachung seines Heeres getroffen habe. In dieser ganzen Art und Weise liegt ein solches frivoles Spiel mit der Ruhe eines ganzen Erdteiles, daß es beinahe unbegreiflich ist, daß die Großmächte den Annahmungen Serbiens noch kein Ende bereitet haben, denn es steht doch fest, daß keine europäische Großmacht den Krieg wegen der Regelung der orientalischen Streitigkeiten will. Im letzten Stadium ist Serbiens Haltung gegenüber den Großmächten aber auch noch ein Possenspiel, denn bald wird berichtet, daß Serbien die Ratsschlüsse der Großmächte und besonders Rußlands hinsichtlich der Beilegung seines Streites mit Oesterreich-Ungarn angenommen habe, und dann heißt es wieder, daß ein serbischer Ministerrat beschloffen habe, daß Serbien auf Gebietsansprüche und die Forderung einer selbständigen Regierung für Bosnien und Herzegowina nicht verzichten könne. Dazwischen wird aber wiederum berichtet, daß Serbien nur zum Scheine und gegenüber seinen nationalen Heißspornen diese Forderung aufrecht erhalte, in Wirklichkeit aber auf Gebietsansprüche verzichtet habe oder doch verzichten werde. Ja, sind denn die Großmächte und überhaupt die europäischen Staaten dazu da, um durch serbische Annahmungen und Possenspiele an der Ruhe herumgeführt zu werden! — Wie kommt es überhaupt, daß Serbien nicht schon längst zur Ruhe gebracht worden ist! Serbien hat nach Beendigung des letzten russisch-türkischen Krieges, obwohl es sich in seinem letzten Kriege mit der Türkei nicht als Sieger gezeigt hatte, drei wichtige türkische Bezirke als Gebietszuwachs erhalten, und dieses Anwachsen des serbischen Gebietes hat die Serben offenbar dazu veranlaßt, Großmächtsgeleise kundzugeben, und nun auch Bosnien zu fordern, oder falls dies nicht möglich sein sollte, für Bosnien die Selbständigkeit zu verlangen. Wer gibt Serbien eigentlich das Recht zu solchen unverdienten Forderungen? Das kann doch nur der serbische Größenwahn und die panslawistische Hege zusammengebracht haben, daß Serbien Ansprüche auf das bosnische Gebiet habe. Nun gibt es allerdings in der Entwicklung der kleinen Staaten zum Großstaate auch noch ein anderes Mittel zur Vergrößerung, das ist die Machtpolitik und der Krieg. Diese Machtpolitik kann aber Serbien Oesterreich gegenüber nicht ausspielen, denn das wäre Wahnsinn, da ein Kleinstaat gegenüber einem Großstaate niemals Machtpolitik treiben kann, es sei denn, der Kleinstaat habe einen anderen Großstaat als Bundesgenossen. Rußland, welches eine Zeitlang als der heimliche Bundesgenosse Serbiens galt, hat sich aber doch der Friedensaktion der Großmächte in bezug auf die serbische Streitfrage angeschlossen. Will sich also Europa nun nicht vor der ganzen Welt blamieren, so muß es Serbien zur Ruhe bringen, oder wenn dieses ehrgeizige Völkchen nicht hören will, es durch Oesterreich züchtigen lassen. Oder sollte Rußland dennoch im geheimen Serbien unterstützen und zum Kriege anstacheln? — Dann stände Europa allerdings

vor einer furchtbaren Kriegsgefahr. Daß Rußland, welches kein Geld hat und dessen Heer sich in einem schlechten Zustande befindet, aber gerade jetzt einen großen Krieg mit Oesterreich und unter Umständen auch mit Deutschland anfangen will, das kann man auch nicht recht glauben.

Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm hat wieder einmal einen Ausflug nach der deutschen „Wasserlante“ unternommen. Auf demselben verweilte der hohe Herr zunächst in Wilhelmshaven, wo er am Dienstag mittag der feierlichen Beilegung der Marine-Infanterie der Nordsee-Station beiwohnte. Am nächsten vormittag vollzog der Kaiser verschiedene Besichtigungen. Später nahm er beim Stationschef Admiral v. Fischele das Frühstück ein, zu welchem u. a. auch der Großherzog von Oldenburg und Prinz Heinrich von Preußen Einladungen erhalten hatten. Abends erschien der Kaiser zu einem Dinerabend im Offizierskasino. Am Donnerstag nachmittag begab er sich mit dem Linien- und Kreuzer „Deutschland“ nach Helgoland und verweilte dort selbst bis Freitag nachmittag, worauf die Rückreise nach Berlin über Bremerhaven und Bremen erfolgte.

Zwischen dem Kaiser und dem Könige von Italien hat ein Depeschenwechsel anlässlich der jüngsten Hochwasserkatastrophe in Deutschland stattgefunden. König Viktor Emanuel drückte im Hinblick auf dieses Elementarunglück dem Kaiser in einem sehr herzlich abgefaßten Telegramm sein Beileid aus, worauf Kaiser Wilhelm ebenfalls auf telegraphischem Wege bewegt dankte.

Der deutsche Kronprinz läßt durch seinen Hofmarschall eine Erklärung in der Öffentlichkeit in der Angelegenheit der Rabbodspende abgeben. Aus dieser Klarstellung geht hervor, daß der Kronprinz das Verfügungsrecht betreffs der von ihm veranstalteten besonderen Sammlung von ca. 300 000 Mark für die Hinterbliebenen der Verunglückten von Rabbod nicht mehr besitzt, weil er es dem von ihm empfangenen Arbeiterausschusse der Fache übergeben hat. Within können irgendwelche Ansprüche an den hohen Herrn in der Richtung einer Hastbarmachung desselben für die Verteilung der Gelder nicht mehr geltend gemacht werden.

Die in der Frage der Reichsfinanzreform entstandene Krisis harret noch immer der entscheidenden Lösung. Freilich steht auch noch nichts positives betreffs des Steuerkompromisses zwischen den Blockparteien fest. Ueber seinen Inhalt wird jetzt bekannt, daß die Bundesstaaten bis 1914 jährlich 100 Millionen Mark entrichten sollen, welche durch Besitzsteuern aufzubringen sein würden. Die auf die einzelnen Staaten entfallenden Beträge dürfen nur durch allgemeine Steuern auf Einkommen, Vermögen oder Erbschaften realisiert werden. Als Ersatz für Einkommens- oder Vermögenssteuer kann auch eine Ertragssteuer von Grund- und Gebäudebesitz, sowie von Kapital platzgreifen. Falls die Beträge nicht durch diese neuen Steuern erhoben werden, so sind sie durch Zuschläge zu bereits bestehenden Steuern solcher Art aufzubringen. Es verlautet indessen, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft diesen Kompromißvorschlägen widerstrebe, und auch über die Stellungnahme der verbündeten Regierungen zu letzteren ist noch keineswegs etwas bestimmtes bekannt. Unter dessen gehen die Beratungen in der Finanz- und

Steuerkommission des Reichstages weiter. Am Dienstag lehnte sie mit großer Mehrheit die von der Regierung so begünstigte Nachlasssteuer und weiter den nationalliberalen Antrag auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer ab. Am Mittwoch verhandelte die Kommission über die bekannten Vermittelungsanträge der Abgeordneten v. Gamp (Reichsp.) und Herold (Zentr.) auf Besteuerung des Besitzes mittels des Weges über die Einzelstaaten, gelangte jedoch noch zu keinem Resultate. In der Debatte erklärten sich die anwesenden Finanzminister der Einzelstaaten entschieden gegen die Anträge. — Unterdessen soll der Finanzkommission der Entwurf eines neuen Branntweinsteuergesetzes zugegangen sein, wie das „B. L.“ zu melden weiß. Angeblich beseitigt die neue Vorlage die bisherige Maischraumsteuer, erhöht dafür die Verbrauchsabgabe teilweise sehr beträchtlich und unterzieht die Brennsteuer behufs ihrer ergiebigen Gestaltung einer einschneidenden Veränderung. Indessen bleibt eine Bestätigung dieser Mitteilungen von zuständiger Seite noch abzuwarten.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte auch am Mittwoch die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern noch fort. — Zugewonnen ist dem Hause eine Novelle zum Stempelsteuergesetz.

Der oldenburgische Landtag nahm am Mittwoch das neue Schulgesetz, das eine Reform des oldenburgischen Schulwesens bringt, mit 127 gegen 10 Stimmen an.

Die Hamburger Bürgerschaft hat in einer stürmischen Sitzung die freisinnigen und sozialdemokratischen Anträge auf die Wiedereinführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zur Bürgerschaft abgelehnt.

Oesterreich-Ungarn.

In Ungarn drohen die Schwierigkeiten mit Oesterreich wegen der Bankfrage zu einer Ministerkrisis zu führen. Der Bankauschuß des Abgeordnetenhauses hat sich unumwunden für Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank ausgesprochen, für welche auch der Handelsminister Roffuth eintritt, während Ministerpräsident Wiedlerle aus Opportunitätsgründen den Plan bekämpfte und ein Kompromiß mit Oesterreich befürwortet. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit ist mindestens ungewiß.

Frankreich.

Die französische Deputiertenkammer berät zurzeit die Einkommensteuervorlage des Finanzministers Caillaux. Hierbei lehnte die Kammer am Dienstag einen oppositionellen Antrag des Deputierten Magniaudé ab, nachdem zuvor Ministerpräsident Clemenceau die Vertrauensfrage gestellt hatte. Am Mittwoch genehmigte dann die Kammer Art. 98 der Einkommensteuervorlage mit einem auch vom Finanzminister gebilligten Zusatz betreffs eines Steuernachlasses für Einkommen bis zu 12 000 Francs. Hiermit gilt die gefährdete parlamentarische Position des Herrn Caillaux als einstweilen wieder gefestigt.

Balkanhalbinsel.

Der Nachrichten-Wirtwarr in der österreichisch-serbischen Krisis erreicht allmählich seinen Höhepunkt. Noch dieser Tage war gemeldet worden, Serbien habe, den Ratsschlüssen Rußlands folgend, beschlossen, seine territorialen Ansprüche in Bosnien fallen zu lassen und die Entscheidung der Großmächte abzuwarten. Blöthlich kommt nun